

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Antifaschistische und antirassistische Aufklärungskampagne

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, eine umfassende und in alle Schichten der Gesellschaft wirkende Kampagne zur Aufklärung und Ablehnung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus durchzuführen. Durch Aufklärungsspots in Fernsehen und Kinos (insbesondere in Vorprogrammen von gewaltverherrlichenden Filmen), durch Anzeigen in den Printmedien und durch Plakate soll dem Neofaschismus und der Fremdenfeindlichkeit entgegengewirkt werden. Zur inhaltlichen Gestaltung dieser Aufklärungskampagne sollen Organisationen und Verbände beratend einbezogen werden, die sich für die Belange der Flüchtlinge, Immigranten und Immigrantinnen einsetzen.

Bonn, den 24. September 1991

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Vertreter der Kirchen, der Menschenrechtsorganisationen, von Pro Asyl, aber auch viele Journalisten weisen mit Recht auf den Umstand hin, daß die Ausschreitungen von Neofaschisten gegen Ausländer und Ausländerinnen und gegen Unterkünfte in den alten und neuen Bundesländern durch Verlautbarungen von Politikern gegen „Asylmißbrauch“, sogenannte „Scheinasylanten“ und „Flüchtlingsströme“ begünstigt werden. Gezielt wird mit derartigen Äußerungen ein politisches Klima erzeugt, das Neofaschisten ermutigt, das „Ausländerproblem“ auf der Straße zu erledigen.

Wenn Neonazis heute wieder Wohnungen und Geschäfte von Ausländern und Ausländerinnen demolieren, Menschenjagden veranstalten und Menschen, die in diesem Land leben, wegen ihrer Hautfarbe totschiessen, dann muß heute alles unternommen

werden, um eine Wiederholung der deutschen Geschichte zu verhindern.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Flüchtlinge, Immigranten und Immigrantinnen müssen vor dem rechtsradikalen Terror wirksam und mit allen Mitteln geschützt werden. Der wirksamste Schutz besteht allerdings darin, eine gesellschaftliche Atmosphäre zu schaffen, aus der Rassismus und Fremdenhaß gründlich verbannt sind.

Eine Voraussetzung ist dafür eine umfassende und gezielte Aufklärung und Information der Bevölkerung über Ausmaß und mögliche Ursachen des Rechtsradikalismus.